

# Den Krieg verlernen – Vermächtnis einer Pazifistin

Rezension des gleichnamigen Buchs durch // **Peter Heim, Mitglied im Leitungsteam der Kölner GEW-Arbeitsgruppe Frieden & Internationales**



Den Krieg verlernen Zum Vermächtnis einer Pazifistin | Eine Flugschrift  
120 Seiten | 2024 | EUR 12.00 VSA-Verlag

**P**ötzlich näherte sich auf dem Nebengleis ein riesiger Geleitzug, vollbeladen mit Panzern - mit Mardern, Geparden oder Leoparden. Ich kann das nicht unterscheiden, aber ich konnte geschockt das Bild lesen. Der Transport fuhr von West nach Ost.“

Antje Vollmer, Bundestagsvizepräsidentin von 1994 bis 2005, Christin, Pazifistin, grünes Urgestein, steht nach Kriegsbeginn auf dem Bahnhof ihrer Heimatstadt. Und stellt sich dabei auch das Gegenbild vor, irgendwo im Osten: Militärtransporter mit russischen Panzern von Ost nach West.

Mit dieser Erfahrung beginnt ihr „Vermächtnis“, erschienen am 23. Februar 2023 in der Berliner Zeitung, nachdem mehrere überregionale Zeitungen den Abdruck abgelehnt hatten. Denn sie hatte, wie ihr Sohn Johann berichtet, eine Bedingung: „Es wird kein Wort geändert, es wird kein Wort gekürzt.“ Am 5.3.2023 erlag sie ihrer Krebserkrankung.

Bis kurz vor ihrem Tod traf sie sich in regelmäßigen Abständen im kleinen Kreis der Gruppe „Neubeginn“ in ihrer Charlottenburger Wohnung, um sich als Pazifistin über die Weltlage auszutauschen, sie zu analysieren. Zu ihrer Haltung sagte sie in einem Gespräch mit einer Grünen-MdB, fast 50 Jahre jünger als sie, so gegensätzlich zu ihren Gedanken (SZ 13.5.22): „Pazifisten fragen sich immer: Wo droht die Welt auseinanderzureißen? Wo kann man auf beiden Seiten de-eskalieren?“. Ihre grüne Partei sah sie in diesem Interview auf dem Weg zu einem „Menschenrechtsbellizismus“.

Der vorliegende gut über 100 Seiten umfassende Band ist eine Fundgrube an Anregungen und Analysen. Er besteht aus teils sehr kompakten, maximal zehn Seiten langen Texten, die mit Quellenangaben versehen sind. Die Autor\*innen sind aus der Gruppe „Neubeginn“: Peter Brandt, Marco Bülow, Gabriele Zimmer, Michael Brie, Daniela Dahn, Dieter Klein u.a. Besonders erhellend ist der Beitrag von Alexander Rahr,

Osteuropa-Historiker, zu den Treffen der Gruppe „Neubeginn“ nach dem Einmarsch Russlands und den Beiträgen Antje Vollmers zum Thema.

Auch der Schriftsteller Ingo Schulze und der Musiker Hans-Eckardt Wenzel tragen Texte bei. Letzterer schreibt im „Abschied“ u.a.: „Kein Abschiedslied im Mund. Der Krieg gab uns den Ton an.“

Johannes Vollmer fasste das eher hoffnungsvolle Vermächtnis seiner Mutter so zusammen: „Bleibt mutig. Bleibt zuversichtlich. Redet, wo niemand reden will. Glaubt an den Dialog. Er ist der einzige Weg.“ Denn: „Frieden schließe man mit Feinden, nicht mit Freunden“.

Quellen:

13.5.22 SZ: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-gruene-waffenlieferungen-pazifismus-1.5584148>  
16.3.23 SZ: <https://www.sueddeutsche.de/politik/tod-antje-vollmer-gruene-1.5770303>  
26.3.23 SZ: <https://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-vollmer-gruene-pazifismus-1.5753116>



Sauer, Bernhard: „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ Zeitgeschichtliche Forschungen (ZGF), Band 66, 2023. 188 S. Bestellbar (auch als ebook) für 49,90€ unter: [https://www.duncker-humblot.de/buch/der-erste-weltkrieg-ein-verteidigungskrieg-9783428188918/?page\\_id=1](https://www.duncker-humblot.de/buch/der-erste-weltkrieg-ein-verteidigungskrieg-9783428188918/?page_id=1)

**Warum erweckt der Titel des Buchs den Eindruck, man müsse sich allen Ernstes mit der Frage beschäftigen, ob Selbstverteidigung der Grund war, um zwischen Juli 1914 und November 1918 das Leben von rund 20 Millionen Menschen zu beenden?**

**D**er Titel des Ende letzten Jahres beim Wissenschaftsverlag Duncker & Humblot erschienenen Buchs „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ kann nur als Suggestivfrage verstanden werden. Das aber macht neugierig! Denn welche Positionen sollte es (heute noch) geben, die den ersten industriell geführten Krieg der Geschichte als Akt der Verteidigung bezeichnen könnten?

Mit welchen Argumenten wird sich der Autor befassen, wenn er schon mit der Wahl seines Buchtitels den Eindruck erweckt, man müsse sich allen Ernstes mit der Frage beschäftigen, ob Selbstverteidigung der Grund war, um zwischen dem 28. Juli 1914 und dem 11. November 1918 das Leben von weit über zehn Millionen uniformierten und mehr als sieben Millionen nicht-uniformierten Menschen gewaltsam zu beenden? Nach vier Jahren Stellungskrieg, Gaskrieg, Panzerkrieg galten über 20 Millionen Menschen als „Kriegsversehrte“, „Invaliden“, „Kriegsbeschädigte“ oder „Krüppel“. Allein für Deutschland wird von beinahe 27 Millionen physisch und psychisch versehrten Kriegsteilnehmenden gesprochen.

## Krieg ist die Fortsetzung mörderischer Politik mit mörderischen Mitteln!

Was aber muss das für eine Politik sein, die mit derartiger Verachtung gegenüber menschlichem Leben fortgesetzt wird? – Rezension des Buchs „Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?“ von Dr. Bernhard Sauer durch // **Guido Schönián, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

**Dezidiertes Blick auf den Weg in den Krieg**

1832 schrieb der Militärtheoretiker Carl v. Clausewitz: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ („Vom Kriege“, 1. Buch, 1. Kapitel, Unterkapitel 24). Wendet man diese These auf den Ersten Weltkrieg an, so stellt sich die Frage, was das um die vorletzte Jahrhundertwende für eine Politik gewesen sein muss, die eine so abscheuliche Fortsetzung auf dem Schlachtfeld nach sich gezogen hat. Kann es tatsächlich um Verteidigung gegangen sein? Die direkte Antwort darauf lautet: Ja, es ging um Verteidigung. Und zwar um die Verteidigung der nationalen ökonomisch-politischen Interessen der Großmächte, was zwangsläufig zu einem Konflikt führen musste, da diese Interessen jeweils auf Expansion, Ausbeutung von Arbeitsmärkten sowie von Rohstoffen ausgerichtet waren.

Im ersten Kapitel seines Buchs befasst Bernhard Sauer sich mit der Julikrise, die auf das Attentat folgte, welches am 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger und seine Ehefrau verübt worden war. Der Autor geht der Frage nach, was letztlich zum



Kann man aus der Geschichte lernen?  
Gedenktafel im Park der Villa Zanders,  
Bergisch Gladbach, Foto: G. Schönian

**Warum sollten wir uns mit dem Ersten Weltkrieg befassen? – Weil wir verstehen müssen, wie eine mächtige und über Ländergrenzen hinweggehende Friedensbewegung entgegen allen nationalistischen Drucks aufgebaut und aufrechterhalten werden kann!**

Kriegsausbruch geführt hat. Wie konnte es sein, so Sauer, dass „der Tod eines Mannes und einer Frau in Sarajevo [...] zum Tod von Millionen geführt“ hat?

Ist das Deutsche Reich und dann die ganze Welt in den Krieg „hineingestolpert“, wie an anderer Stelle (nicht bei Sauer!) allzu oft behauptet wird? Ging es also um diplomatisches Feingefühl, das an entscheidender Stelle gefehlt hätte? Zum Anlass für den Ersten Weltkrieg, der auch als Weltenbrand bezeichnet wird, wurde das Attentat durch einen serbischen Nationalisten genommen. Aber die Ursachen reichen viel weiter zurück – und sind in erschreckendem Maße mit der heute (wieder) aktuellen Gemengelage vergleichbar!

Ernstzunehmende Menschen zu finden, die die Frage, ob es sich beim Ersten Weltkrieg aus Sicht des Deutschen Reichs um einen Verteidigungskampf gehandelt hat, sollte schwierig sein. Selbst im rechten und rechts-konservativen Milieu kann niemand unwidersprochen behaupten, das Kaiserreich habe sich gegen eine Aggression von außen zur Wehr setzen müssen. Die Generalmobilmachung des Russischen Zarenreichs, dem man in Deutschland Angriffspläne gegen das Kaiserreich unterstellte, folgte erst, nachdem Österreich-Ungarn sich der Bündnistreue Deutschlands versichert, Serbien den Krieg erklärt und Bomben auf Belgrad hatte abwerfen lassen. Das stellt Sauer unter Angabe zahlreicher Quellen sehr fundiert dar.

### Zur Frage des Menschenbilds

Anders sieht es hingegen aus, wenn man nationale Empfindungen mit ins Spiel nimmt sowie die ökonomische Entwicklung zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Zu Punkt eins ist zu sagen, dass die Idee vom „Lebensraum im Osten“, die knapp 20 Jahre nach Ende des Ersten auch als Begründung für den Zweiten Weltkrieg ins Feld geführt wurde, von völkischer Seite schon weit vor dem Waffengang von 1914 als Argument angebracht worden ist: für Aggression und nicht für defensive Diplomatie. Die Formel, die man aufstellte, lautete: großes Volk in zu kleinem Reich erfordert mehr Raum zum Leben. Dieser sollte im Osten zu finden sein. Da die slawischen Völker dem damals in rechten Kreisen üblichen Rassismus folgend als minderwertig betrachtet wurden, sollten sie es sein, deren körperliche Arbeit vom demnach höherwertigen Deutschen ausgebeutet werden müsste.

Hierzu liefert Bernhard Sauer ein dezidiertes Bild von den facettenreichen Positionen der damaligen Zeit: Es gab den 1891 gegründeten „Alldeutschen Verband“, der bis 1939 bestand (sic!) und für Pan-Germanismus, Expansion, Militarismus, Antisemitismus und rassistische Denkweisen stand. Zu den Ehrenmitgliedern dieses völkischen Zusammenschlusses zählten der extreme Rassist und Kolonialist, Carl Peters („Der Neger ist der geborene Sklave, dem ein Despot nötig ist wie dem Opiumraucher die Pfeife...“), sowie kein geringerer als der auch heute noch viel gerühmte Reichskanzler Bismarck („Haut doch die Polen, dass sie am Leben verzagen; ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehn wollen, nichts andres tun, als sie ausrotten.“).

Dann war da der „Deutsche Flottenverein“ von 1898, der mit seinen rd. eine Million Einzelmitgliedern (1908) politischen Druck für den Ausbau der deutschen Seestreitkräfte ausübte. Der „Deutsche Wehrverein“ wurde 1912 mit dem Ziel gegründet, die deutsche Bevölkerung von der Notwendigkeit einer wesentlich stärkeren Heeresrüstung zu überzeugen. Oskar Jäger, dem zu Ehren die Straße mit gleichnamiger Haltestelle in Köln-Lindenthal benannt ist, war Mitglied der 1887 gegründeten „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Weiterhin existierten der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ von 1886, der „Reichsverband gegen die Sozial-

demokratie“ von 1904, der rassistisch-antisemitische „Deutschbund“ von 1894 und weitere angeschlossene Strukturen. Heute würde man bei all diesen Gruppierungen wohl von rechts-nationalem Lobbyismus sprechen, der auf parteipolitischer Ebene u.a. mit der „Deutschen Vaterlandspartei“ seine Entsprechung hatte.

Erster Vorsitzender der DVLP war Großadmiral von Tirpitz. Sein Stellvertreter hieß Wolfgang Kapp, der 1920 zum Namensgeber des aufgrund eines Generalstreiks der Gewerkschaften erfolglos gebliebenen Kapp-Lüttwitz-Putsches gegen die Weimarer Demokratie wurde. Der Partei gehörten zahlreiche führende Industrielle, Großgrundbesitzer und Wirtschaftsverbandsfunktionäre wie Wilhelm v. Siemens, Carl Duisberg, Ernst v. Borsig, Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg und weitere an.

Sämtliche dieser Organisationen waren kaum auf Verteidigung als vielmehr darauf aus, dass das Deutsche Reich seinen „rechtmäßigen Platz“ in der Welt erlangen solle.

### War is (and always was) big business!

Was aber ist mit Punkt zwei, den ökonomischen Gründen, ohne die wohl kein Krieg auskommt? Das Deutsche Reich befand sich sozusagen noch in der Phase der Konsolidierung, als die anderen europäischen Großmächte die Welt längst unter sich aufgeteilt hatten. Der Sieg des Norddeutschen Bundes unter der Führung des Bismarck'schen Preußen über Frankreich lag 1914 erst 43 Jahre zurück und hatte der deutschen Seite französische Reparationszahlungen i.H.v. fünf Milliarden Goldfranc (1450 Tonnen Goldfranc zahlbar in drei Jahren) eingebracht. Hinzu kam u.a. die Annexion des „Reichland Elsaß-Lothringen“ mit dem wirtschaftlich äußerst lukrativen lothringischen Kohlebecken.

Mit der Politik des „Neuen Kurs“ verfolgte das Deutsche Reich nach der Entlassung Bismarcks (1890) das Ziel, wie Großbritannien und Frankreich zur kolonialen Großmacht zu werden. Von Verteidigung kann auch deswegen keine Rede sein, weil 1898 unter Federführung von Alfred v. Tirpitz (damals Leiter des Reichsmarineamts) das erste und im Juni 1900 das zweite Flottengesetz verabschiedet wurde. Zur Finan-

zierung der Aufrüstung führte man 1902 die Schaumweinsteuer in Deutschland ein. Ziel war es, den Flottenbau über die Aufgaben des Küstenschutzes und der Sicherung von Handelswegen hinaus auszubauen und zwei Drittel der See-Stärke Großbritanniens zu erlangen. Das Russische Zarenreich verfolgte ab 1912 ebenfalls ein ambitioniertes maritimes Rüstungsprogramm. Was boimte, war die Rüstungsindustrie.

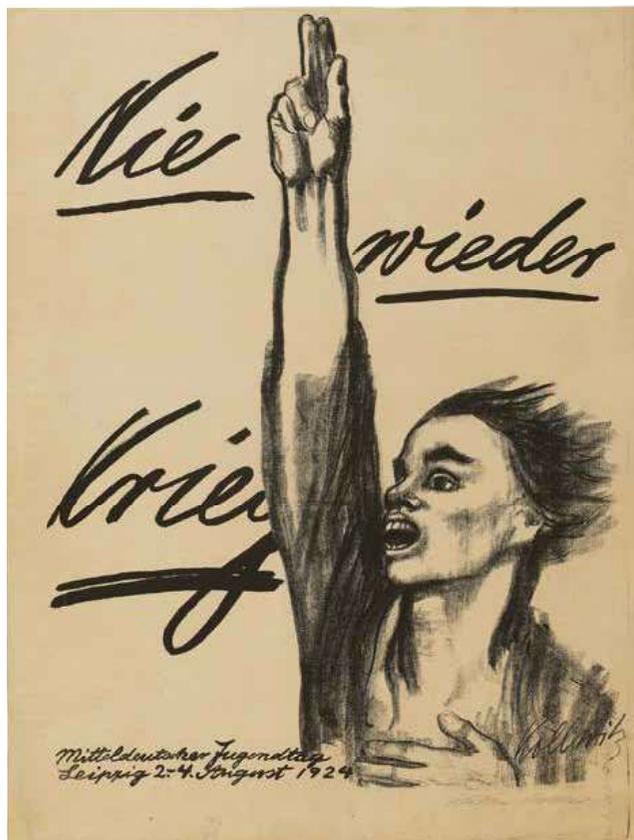
Bernhard Sauer zieht zu diesem Aspekt Wilhelm II. heran, der am 6. Juli 1914 „dem Industriellen Krupp bei einer Besprechung in Kiel versichert[e]: »Diesmal falle ich nicht um!«. Damit meinte er, im Gegensatz zur Marokko-Krise des Jahres 1905/06, die sich 1911 wiederholen sollte, nun aber wirklich entschlossen in den Krieg ziehen zu wollen. Im Gegensatz zum Reichskanzler, der 1914 Bethmann-Hollweg hieß, gab es „Kräfte, die sehr wohl wussten, was sie wollten, deren Handeln zielgerichtet war“. Sauer benennt sie als „große Teile des Militärs, die Alldeut-

schen mit ihren Gliederungen und die hinter den Alldeutschen stehende Schwerindustrie“. „Der Alldeutsche Verband und die Schwerindustrie hatten sogar schon vor Ausbruch des Krieges weitreichende Eroberungen gefordert, die notfalls auch mit Mitteln des Krieges verwirklicht werden sollten.“

Das „Septemberprogramm“, in dem unmittelbar nach Kriegsbeginn die deutschen Kriegsziele der Regierung formuliert wurden, bezeichnet Sauer als Sammlung von „Forderungen von unterschiedlichen Seiten“. Der Centralverband Deutscher Industrieller fand sich dort mit der Forderung nach „Weitbreiterung der deutschen Rohstoffbasis“ ebenso wieder wie der „führende Saar-Industrielle Röchling“, der die „möglichst weitgehende Annexion des Erzbeckens von Longwy-Briey“ wünschte. In einer von Sauer zahlreichen äußerst umfangreichen Fußnoten findet sich der Hinweis auf das 1912 erschienene Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ eines Militärschriftstellers

### Die „Julikrise 1914“

28. Juni	Attentat von Sarajevo
6. Juli	Dt. Reich stellt der Habsburger Monarchie „Blankoscheck“ für weitere Schritte aus
23. Juli	(in weiten Teilen unannehmbares) Ultimatum Wiens gegenüber Serbien
25. Juli	weitgehende Zugeständnisse Belgrads fünf Minuten vor Ablauf des Ultimatums
28. Juli	dennoch Kriegserklärung Österreich-Ungarns gegen Serbien
29. Juli	Beschuss Belgrads
30. Juli	Befehl zur Generalmobilmachung im Russ. Zarenreich (verbündet mit Serbien)
1. August	Dt. Kaiser unterzeichnet Kriegserklärung gegen Zar Nikolaus II. (seinen Cousin)
3. August	Auch Frankreich wird der Krieg erklärt
4. August	völkerrechtswidriger Überfall des Dt. Reichs auf das neutrale Belgien; ergo ...
4. August	König Georg III. (Cousin von Wilhelm II.) lässt Deutschland den Krieg erklären
14. November	Kriegseintritt des Osman. Reichs an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns



Käthe Kollwitz: Plakat „Nie wieder Krieg“, 1924; Kreide- und Pinsellithographie (Umdruck), Kn 205 III b (gemeinfrei; mit freundlicher Unterstützung des Käthe-Kollwitz-Museum Köln)

namens Bernardi. Dieser habe ganz im Sinne des Alldeutschen Verbandes geschrieben, dessen Mitglied er auch war. Darin hieß es u.a.: »Es gibt zwischen Staaten, die einen friedlichen Ausgleich entgegengesetzter Interessen nicht zuwege bringen, überhaupt keinen anderen Kraftmesser als den Krieg [...]«.

Sauer beschließt sein drittes Kapitel „Kriegsziele des Deutschen Kaiserreichs“, in dem er sich mit dem Septemberprogramm der Regierung, einer großen Auswahl an einflussnehmenden Elementen an diesem Programm sowie den Zielen, die die Alldeutschen vertreten, befasst, mit der nüchternen Feststellung: „Bethmann-Hollweg hat aber sicherlich auch deshalb eine öffentlich geführte Debatte über die Kriegsziele abgelehnt, weil [dadurch] die Propaganda von der russischen Bedrohung und vom Vernichtungskrieg entlarvt“ worden wäre.

Ursache des Ersten Weltkriegs war also die zunehmende Konkurrenz unter den Großmächten. Lediglich als Anlass diente das Sarajevoer Attentat und „ausbaden“ mussten den Krieg Millionen unschuldiger bzw. nationalistisch-geleiteter Menschen. Hingegen auf Paul v. Hindenburg geht der Ausspruch zurück: „Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur“ (1914). Wie diese „Badekur“ im einzelnen aussah, ist im vierten Kapitel „Der Kriegsverlauf“ nachzulesen. Unvermeidlich für die Beschäftigung mit dem „Weltenbrand“ ist der Blick auf die Grausamkeiten, die in Verdun, an der Somme und im ersten U-Boot-Krieg der Menschheitsgeschichte angerichtet worden sind. Enden lässt Sauer dieses Kapitel mit dem Blick auf eine Resolution, die nach seiner Einschätzung als Hauptzweck hatte, die SPD weiter zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen zu bringen.

### „Vaterlandslose Gesellen“ – oder staatstragende Kriegsbefürworter\*innen?

Der gar nicht hoch genug anzusetzende Wert des Buchs des Berliner Historikers und GEW-Mitglieds Bernhard Sauer über den Ersten Weltkrieg besteht meines Erachtens nicht nur in der akribischen Quellenarbeit und dem offenkundig kriegs-verneinenden Zungenschlag, mit dem er schreibt. Er lässt sich vor allem mit dem fünften Kapitel seines Werks begründen, das die Überschrift trägt: „Die SPD und der Krieg“.

Hier wird eindrucksvoll widerlegt, dass der Sommer des Jahres 1914 ausschließlich von Volkstümelei und Kriegsbegeisterung gekennzeichnet gewesen wäre. Im Gegenteil zieht Sauer Quellen heran, mit denen die weit verbreitete Anti-Kriegs-Stimmung zu Beginn des

20. Jahrhunderts belegt und spürbar wird. So sei „der Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion (den Kriegskrediten zuzustimmen) eine der folgenschwersten Entscheidungen in der deutschen Geschichte“ gewesen, die laut Sauer sogar die Spaltung der Arbeiterbewegung markiert („Anfang 1916 entzog die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag Liebknecht die Rechte eines Fraktionsmitglieds. Sie wollten ihn isolieren, erreichten aber das Gegenteil [...]“). Dass die SPD-Fraktion am 4. August 1914 nicht gegen den Einmarsch Deutschlands in (das neutrale!) Belgien protestierte, sondern sich erstmals für den Krieg positionierte, hielt „Lenin für eine gezielte Fälschung“. „Unglaublich!“, titelte das Organ der niederländischen Sozialdemokratie. In Deutschland selbst sprach „Konrad Haenisch von der rechten SPD-Fraktion [...] von einem »historischen Frontwechsel«“.

„Noch vor wenigen Tagen hatten auf Initiative der SPD 500.000 bis 750.000 Menschen sich an Antikriegsdemonstrationen beteiligt. Und nun feierte die SPD-Mehrheitsfraktion im Reichstag den Krieg als nationales Einheitserebnis.“ Sauer nennt dies eine „erstaunliche Entwicklung“. Man könnte kurz zusammenfassen, dass die Parteigenossen, die über Jahre hinweg der parlamentarischen Realität ausgesetzt waren, sich am Tag, an dem es um die Frage von Krieg und Frieden ging, für das aus ihrer Sicht Realistische entschieden haben. Und wer staatstragend sein wollte, durfte zu dem Zeitpunkt nicht für Leben und Frieden stimmen, sondern musste sich für Krieg und das Reich entscheiden. Plötzlich war für die Reichstagsabgeordneten der SPD vollkommen egal, dass eine Woche zuvor noch „Hunderttausende gegen die drohende Kriegsgefahr“ auf die Straße gegangen waren. Sauer schreibt, dass zwischen

dem 26. und 31. Juli 1914 mindestens 288 Antikriegsversammlungen in 163 Städten und Gemeinden“ stattfanden.

Diesen Widerspruch zwischen den auf internationale Vergeschwisterung der Arbeitnehmer\*innen in allen Ländern ausgerichteten Parteigrundsätzen und dem urplötzlichen Umschwenken der SPD-Fraktion im Reichstag auf deutsche Regierungslinie beschreibt Sauer als Zerreißprobe, die die Sozialdemokratie nicht bestehen sollte. Und der Krieg beschleunigte diesen Prozess, wie Sauer erklärte, aufgrund „[...] der drakonischen Zwangsmaßnahmen seitens der Regierung, aber auch des SPD-Parteivorstandes, der versuchte, die Opposition mundtot zu machen.“ Derweil litt die Masse der eigenen Parteimitglieder auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben. Ihre Familien waren in ständiger Angst um Leib und Leben der so schnell Vermissten.

### Wer einen Krieg beendet ...

Die ersten Proteste auf betrieblicher Ebene begannen schon kurz nach Kriegsbeginn und sollten im weiteren Verlauf an Qualität und Quantität immer weiter zunehmen. Sauer beschreibt dies ganz konkret: „Im Januar 1918 kam es zu einem großen Streik. Über eine Million Rüstungsarbeiter und -innen legten in den Industriestädten des Kaiserreichs die Arbeit nieder. Dies war ein zentrales Ereignis des Ersten Weltkrieges – der Auftakt zur Novemberrevolution.“ Und dass die Abscheu gegen den Krieg zum Katalysator für weit mehr wurde, belegt der Autor ebenfalls: „Die Ziele des Streiks waren politisch: Beendigung des Krieges und Sturz der herrschenden, mit dem Krieg verbundenen Ordnung.“

Als am Ende desselben Monats dann schließlich auch die sogenannte SPD-Mehrheit (MSPD) um Ebert und Scheidemann erkannten, sich gegen den Willen der in Aktion tretenden Beschäftigten nicht mehr stemmen zu können, ließen sie sich in die Streikleitung wählen. Dort wirkten sie als Bremser, die, so Sauer, „die Streikbewegung [...] in geordneten Bahnen“ halten wollten. Philipp Scheidemann von der MSPD erklärte in der Reichstagsdebatte, „dass die Arbeiter nur gestreikt hätten, weil sie wussten, dass die Landesverteidigung dadurch nicht gefährdet sei. Allein die USPD bekannte sich eindeutig zum Streik [und] erklärte, dass es inzwischen eindeutig sei, dass dieser Krieg kein Verteidigungskrieg mehr sei.“ Und gegen einen imperialistischen Eroberungskrieg zu protestieren, hätten die Arbeiter alles Recht“, so Hugo Haase, der ehemalige SPD- und dann USPD-Vorsitzende.

Den Schlussritz zog dann die Angehörigen der Marine, die sich dem Befehl des erneuten Auslaufs gegen Großbritannien widersetzen und damit die Revolution anstießen. Am Ende standen die Einführung der parlamentarischen Demokratie, die Abschaffung von Monarchie und Drei-Klassen-Wahlrecht, die Einführung des Frauen-Wahlrechts, das Betriebsverfassungsgesetz und und und.

### Kontrapunkt am Ende seines Buchs und Fazit

Einen Kontrapunkt setzt Sauer mit dem siebten und vorletzten Kapitel seines Buchs („Hitler und der Erste Weltkrieg“), in dem der Historiker sich tatsächlich ganz auf die Person Hitler kapriziert, diese aber nicht – wie bei anderen Autor\*innen viel zu oft – als eine Art Krankheit dargestellt, die über Deutschland kam, sondern sie in Abhängigkeit der historischen Entwicklungen geradezu beispielhaft für eine ganze Gesellschaftsschicht in den Blick nimmt.

Sauers Buch zum Ersten Weltkrieg ist nicht nur Historiker\*innen und geschichtlich Interessierten wärmstens zu empfehlen, sondern all denjenigen Menschen, die sich mit der Frage befassen, warum es zu Kriegen kommt, was man dagegen tun kann und welche Fehler es unbedingt zu vermeiden gilt. Es ist leicht verständlich geschrieben, motiviert zur näheren Beschäftigung mit den „bekanntesten Köpfen“ ebenso wie mit dem Thema der Legitimation von ganze Völker umfassenden Beschlüssen. Letztlich geht es um den Demokratie-Komplex; um die Frage, welche Mittel vorhanden und effektiv sind, um Kriege zu vermeiden oder sie zumindest schnellstmöglich wieder zu beenden!

### Die Rolle der Sozialdemokratie

Die SPD als potentiell den Krieg verhindernde Kraft, reiht sich – für alle Welt völlig überraschend – in den Reigen der national Gesinnten ein:

Am 25. 7. 1914 bestätigte der SPD-Parteivorstand erneut die bis dato klare Linie: „Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“

Nur eine Woche darauf, am 4. 8. 1914, stand dann die SPD-Reichstagsfraktion sozusagen „Gewehr bei Fuß“ und verkündete anlässlich der Abstimmung über die Kriegskredite: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“